

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

66. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Dezember 2004, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Hermann Benker (SPD)

in Vertretung von Ulrike Rodust

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Volker Nielsen (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zusammenarbeit der Universität Kaliningrad mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</b>	<b>5</b>
Berichterstatter: - Prof. Sajachkovskij, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Kaliningrad - Dr. Salenko, Administrator der Euro-Fakultät der Universität Kaliningrad - Prof. Trunk, Direktor des Instituts für Osteuropäisches Recht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	
<b>2. Zukunft Meer</b>	<b>8</b>
Berichterstatter: Stefan Musiolik, Beauftragter für Ostseeangelegenheiten der Landesregierung	
<b>3. Soziale Projekte in Archangelsk in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband</b>	<b>10</b>
Berichterstatter: Wolfgang Medrisch, Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Schleswig-Holstein e.V., Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa e.V.	
hierzu: Umdruck 15/5241	
<b>4. Bericht über den Workshop „Weiterentwicklung der parlamentarischen Dimension der Ostseekooperation“ am 6. Dezember 2004</b>	<b>4</b>
Berichterstatter: Abg. Rolf Fischer, Ausschussvorsitzender	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>13</b>
- Terminplanung	

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:01 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt, wobei Punkt 4 der Tagesordnung zu Beginn behandelt werden soll.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über den Workshop „Weiterentwicklung der parlamentarischen Dimension der Ostseekooperation“ am 6. Dezember 2004**

Berichtersteller: Abg. Rolf Fischer, Ausschussvorsitzender

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, stellt die Ergebnisse des Workshops vor, Umdruck 15/5282. Im Anschluss daran weist er darauf hin, bis Ende Januar müsse es eine gemeinsame Position der deutschen Delegation geben. Er regt an, dass sich der Europaausschuss in seiner nächsten Sitzung noch einmal mit der Vorlage befassen und dann ein Meinungsbild abgeben sollte.

Abg. Ritzek ergänzt, die Aufmerksamkeit dürfe nicht auf die Ostseeparlamentarierkonferenz beschränkt bleiben, sondern müsse sich auch auf konkrete Projekte erstrecken. Als ein Beispiel nennt er das Projekt „Schiffssicherheit in der Ostsee“. Es sei wichtig, dass die Verantwortung der Parlamente der Anrainerstaaten auch außerhalb der Konferenzen deutlich werde.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Zusammenarbeit der Universität Kaliningrad mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Berichterstatter:

- Prof. Sajachkovskij, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Kaliningrad
- Dr. Salenko, Administrator der Euro-Fakultät der Universität Kaliningrad
- Prof. Trunk, Direktor des Instituts für Osteuropäisches Recht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, führt einleitend aus, das Thema „Beziehung zu Kaliningrad“ stehe regelmäßig auf der Tagesordnung. Die Kooperation decke unterschiedliche Felder ab. Dabei seien die Beziehungen der Universitäten von einer ganz besonderen Bedeutung.

Prof. Sajachkovskij macht in seiner Stellungnahme deutlich, im Zuge des Bologna-Prozesses sei eine verstärkte Kooperation bei der juristischen Ausbildung notwendig. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität Kaliningrad und der Universität Kiel ermögliche eine Annäherung der beiden Systeme der juristischen Ausbildung. Bestandteil dieser Zusammenarbeit sei der Studentenaustausch. Zudem gebe es für Studenten der Universität Kaliningrad die Möglichkeit, nach dem Studium ein Magisterstudium an der Universität Kiel zu absolvieren.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärt Prof. Sajachkovskij, ein Forschungsaufenthalt an der Universität Kiel von Hochschullehrern der Universität Kaliningrad aus den Bereichen Seerecht und Handelsrecht sei sehr wichtig. Es sei aber auch zu begrüßen, wenn umgekehrt Professoren der Universität Kiel Vorlesungen an der Universität Kaliningrad halten und deutsche Studenten in Kaliningrad ein juristisches Studium aufnehmen würden. Er erwähnt die Geschichte der Universität Albertina, an der Kant unterrichtet habe und deren 460-jähriges Bestehen dieses Jahr gefeiert worden sei. Er betont in diesem Zusammenhang, es existiere ein Vorschlag von Wissenschaftlern, die Universität Kaliningrad nach Immanuel Kant zu benennen.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, bekräftigt, dass die Ostseeanrainerstaaten auf eine verstärkte Kooperation angewiesen seien. Auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften müsse intensiviert werden. Die Zusammenarbeit der Universitäten solle Bestandteil

der Kooperation mit der Oblast Kaliningrad werden, für die es eine Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Duma gebe.

Dr. Salenko beschreibt die gute Kooperation mit der Gebietsduma Kaliningrad, in der er als Mitarbeiter tätig sei. Er weist auf eine Gesetzesinitiative der Gebietsduma Kaliningrad aus dem Dezember 2002 hin, mit der eine visafreie Einreise von EU-Bürgern in das Gebiet Kaliningrad ermöglicht werden sollte. Dabei habe es sich um eine einseitige Maßnahme gehandelt. Dr. Salenko bedauert, dass im Frühjahr dieses Jahres diese Gesetzesinitiative von der Staatsduma in Moskau abgelehnt worden sei. Nichtsdestotrotz zeige diese Initiative, an der die Universität Kaliningrad beteiligt gewesen sei, die Handlungsmöglichkeiten des Landesparlaments.

Im weiteren Verlauf seiner Stellungnahme berichtet Dr. Salenko über die Situation an seinem Lehrstuhl. Von seinen zwölf Mitarbeitern hätten sieben im Rahmen von Magisterprogrammen im Ausland studiert. Es bestehe zudem eine Zusammenarbeit mit der Duma und der Verwaltung Kaliningrads.

Abg. Dr. Kötschau erinnert an den sehr langen, aber letztendlich erfolgreichen Kampf Deutschlands um ein Generalkonsulat in Kaliningrad. Leider gebe es immer noch keine Räumlichkeiten und somit keine Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger Kaliningrads, vor Ort ein Visum zu erhalten. Abg. Dr. Kötschau führt weiter aus, sie könne sich eine Sonderbehandlung Kaliningrads durch die Staatsregierung realistischerweise nicht vorstellen. Als Beispiel für eine solche Sonderbehandlung nennt sie die visafreie Einreise nach Kaliningrad. In diesem Zusammenhang erwähnt sie auch das Gesetz über Freihandelszonen, das schon vor zwei Jahren von der Staatsduma verabschiedet werden sollte. Abschließend spricht sie die Euro-Fakultät an, die ein Erfolg sei, und fragt nach den Voraussetzungen für ein Studium an der Universität Kaliningrad. Außerdem möchte sie wissen, welche Bedingungen von Dozenten zu erfüllen seien, um in Kaliningrad unterrichten zu können.

Abg. Behm ergänzt, es gebe immer noch Probleme hinsichtlich der Rechtssicherheit im Gebiet Kaliningrad. Hier seien europäische Standards noch nicht erreicht. Er fragt nach der künftigen Entwicklung in diesem Bereich.

Abg. Ritzek fragt, ob für die Juristische Fakultät der Universität Kaliningrad auch das internationale Wettbewerbsrecht von Bedeutung sei. Er regt ferner an, den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg in die Ausbildung der Studenten mit einzubeziehen.

Prof. Sajachkovskij bestätigt, das Gesetz für eine Sonderwirtschaftszone Kaliningrad sei immer noch nicht verabschiedet; letzte Woche habe die erste Lesung in der Staatsduma stattgefunden. Rechtssicherheit für die Wirtschaft zu gewährleisten sei eine Angelegenheit der Zentralverwaltung. Es seien schon Fortschritte in diesem Bereich zu beobachten. So gebe es in Kaliningrad einen Ombudsmann und ein Satzungsgericht. Auf die Frage nach dem Bedarf der Universität Kaliningrad antwortet Prof. Sajachkovskij, in erster Linie benötige man Wissenschaftler aus den Fachgebieten Zivilrecht, Völkerrecht und Europarecht.

Dr. Salenko ergänzt, ausländische Studenten, die in Kaliningrad studieren möchten, müssten zumindest Grundkenntnisse der russischen Sprache besitzen. Die Betreuung an der Universität Kaliningrad sei sehr gut. An Gastdozenten stelle man keine besonderen Anforderungen hinsichtlich ihrer Sprachkenntnisse. In Bezug auf die Rechtssicherheit führt er aus, für die deutschen Unternehmer bestehe die Möglichkeit, sich an die Kaliningrader Vertretung der Handelskammer Hamburg oder an das deutsche Konsulat zu wenden. Diese Institutionen könnten auch bei der Suche nach Geschäftspartnern in Kaliningrad behilflich sein. Zum Schluss betont er noch einmal, wie wichtig der Austausch von Studenten und Mitarbeitern für die Kooperation sei.

In einer abschließenden Stellungnahme weist Prof. Trunk darauf hin, dass die Rechtsumsetzung ein langwieriger Prozess sei. Beispielsweise müsste es eine Unterstützung bei der Ausbildung der Richter geben, damit die Rechtsprechung berechenbarer werde. Zum Thema Kooperation führt er aus, seit etwa 10 Jahren bestehe eine Partnerschaft zwischen den beiden Hochschulen. Der Austausch umfasse 30 bis 40 Personen pro Jahr. Die rechtswissenschaftliche Fakultät habe vor etwa zwei Jahren das Programm „Recht im Ostseeraum“ gestartet, in dem Kaliningrad als ein Partner integriert sei und das vom DAD gefördert worden sei. Dieses Programm befinde sich aber im Moment sozusagen in Wartestellung.

Mit Blick auf die Zukunft berichtet Prof. Trunk von dem Plan, ein deutsch-russisches juristisches Zentrum in Form einer Kooperation zwischen verschiedenen russischen und deutschen Hochschulen zu errichten. Kaliningrad sei hier mit der Euro-Fakultät gut aufgestellt, um einzelne Projekte einbringen zu können. Ziel müsse es in jedem Fall sein, die Austauschaktivitäten aus dem universitären Bereich in die Praxis zu verlagern. Zum Beispiel könne man Richter, die an einer Hochschule Lehraufträge hätten, in den Austausch mit einbeziehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

. **Zukunft Meer**

Berichterstatter: Stefan Musiolik, Beauftragter für Ostseeangelegenheiten der Landesregierung

Vorab erklärt der Vorsitzende, Abg. Fischer, der Koordinator für maritime Fragen bei der Landesregierung, Prof. Herzig, habe kurzfristig leider absagen müssen.

AL Musiolik stellt einleitend fest, die maritime Wirtschaft sei eines der zukunftsträchtigen Felder für Schleswig-Holstein und Europa. In diesem Bereich gebe es weltweit einen Umsatz in Höhe von 1,2 Billionen €. Außerdem würden 92 % aller weltweit gehandelten Güter über den Seeweg transportiert.

Schleswig-Holstein als ein Land zwischen den Meeren verfüge über ein exzellentes Know-how und zukunftsfähige Strukturen im maritimen Bereich. Im Herbst 2003 habe die Ministerpräsidentin die Initiative „Zukunft Meer“ gestartet. Eine Stabsstelle in der Staatskanzlei, die mit Prof. Dr. Herzig, dem Direktor von GEOMAR, besetzt sei, koordiniere die meeresbezogenen Aktivitäten des Landes. Bis 2015 solle Schleswig-Holstein zu einer Europäischen Maritimen Modellregion entwickelt werden. Damit könne ein Beitrag zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet werden. Am 6. Juli habe das Kabinett 14 Leitprojekte beschlossen, unter anderem den Aufbau eines International Ocean Education Centers und die Errichtung eines Kompetenzzentrums für Marikultur in Büsum.

Die Landesregierung habe zusätzlich eine europapolitische Initiative gestartet, die eine starke und koordinierte europäische Meerespolitik zum Ziel habe. Denn bislang fehle ein strategisches Gesamtkonzept der Europäischen Union für den maritimen Sektor. Benötigt würden europäische Regelungen, damit die Chancen in diesem Bereich besser genutzt werden könnten. Es gelte der Grundsatz, was Europa nutze, nutze auch Schleswig-Holstein. MP Simonis habe dementsprechend im Juni 2004 ein Positionspapier für eine starke und koordinierte europäische Meerespolitik vorgelegt. Diese Initiative stoße auf ein reges Interesse und finde breite Unterstützung im Kreis der norddeutschen Regierungschefs.



AL Musiolik betont, erste Erfolge seien schon sichtbar. Unter dem neuen Präsidenten der Europäischen Kommission, Barroso, gebe es mit Joe Borg erstmals einen Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten. Zu seinen Aufgaben gehöre es, ein Grünbuch zur maritimen Politik zu entwickeln, das möglichst bis Anfang 2006 fertig gestellt werden solle und das konkrete Umsetzungsschritte enthalte. Er erklärt weiterhin, es sei wichtig, die einzelnen EU-Maßnahmen zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zu bündeln und die EU-Förderprogramme stärker auf die Schwerpunkte einer europäischen Meerespolitik zu fokussieren. Im Europäischen Parlament gebe es Überlegungen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur maritimen Politik einzusetzen, und es gebe Bestrebungen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Ostsee“ zu gründen.

AL Musiolik begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz das maritime Zukunftsthema auf Betreiben der schleswig-holsteinischen Landtagsdelegation aktiv aufgreife. Die Konferenz der Subregionen des Ostseeraums habe Mitte Oktober in Malmö beschlossen, Meerespolitik und maritime Sicherheit zu einem Schwerpunkt für ihre Arbeit in den kommenden zwei Jahren zu machen. Berichterstatter werde Günther Schulz, der Leiter des Hanse-Office, sein. Ferner habe das Baltic Development Forum im September 2004 auf seinem Gipfel in Hamburg die „Baltic Sea Initiative 2010“ gestartet. Ziel dieser Initiative sei es, 5 bis 10 strategische Ziele für die Ostseeregion zu formulieren. Dazu solle im Oktober 2005 auf dem BDF-Gipfel in Stockholm eine Action Agenda auf den Weg gebracht werden.

Abg. Benker stellt fest, die maritime Sicherheit sei eine staatliche Aufgabe, während im Rahmen der Initiative „Zukunft Meer“ die Wirtschaft und die Wissenschaft mehr gefordert seien. Er fragt, ob diese Tatsache berücksichtigt werde. AL Musiolik entgegnet, es handele sich um eine ressortübergreifende Projektarbeit. Er nennt als Beispiel die Schiffssicherheit, die sowohl das Innenministerium als auch das Wirtschaftsressort tangiere, weil unter anderem auch der Seeverkehr betroffen sei. Es sei deswegen ein integrierter Ansatz notwendig.

Abg. Ritzek weist auf die Tatsache hin, dass die Produktion von Meerestechnologie nicht auf die Küstenregionen beschränkt sei. AL Musiolik stimmt dieser Feststellung zu. Er führt weiter aus, es gebe Überlegungen, die Präsentation des maritimen Verbundes mit der Feier anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Hanse-Office zu verbinden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Soziale Projekte in Archangelsk in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband**

Berichtersteller: Wolfgang Medrisch, Paritätischer Wohlfahrtsverband  
LV Schleswig-Holstein e.V., Förderverein für soziale Arbeit in  
Osteuropa e.V.

hierzu: Umdruck 15/5241

Herr Medrisch präsentiert zu Beginn seiner Ausführungen einige Zahlen. Die Oblast Archangelsk mit ungefähr 1,5 Millionen Einwohnern habe die Größe Frankreichs. Die Einwohner würden sich auf die Städte Archangelsk, Severodvinsk und Novodvinsk konzentrieren. Die Lebenserwartung der Bewohner dieser Region betrage durchschnittlich nur 54 Jahre. Aufgrund der klimatischen Bedingungen sei die dort produzierte Nahrung von schlechter Qualität. Außerdem nehme die Radioaktivität in der Oblast Archangelsk zu. Ursache hierfür sei der in der Nähe von Archangelsk liegende russische Weltraumbahnhof.

Er erinnert daran, Herr Prof. Schmidt von der Fachhochschule Kiel habe vor über zehn Jahren mit der Projektarbeit in dieser Region begonnen. Mit Mitteln aus dem TEMPUS-TACIS-Projekt sei die Fakultät für Sozialarbeit an der dortigen Pomoren-Universität aufgebaut worden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband habe den Aufbau dieser Fakultät mit konkreten Projekten unterstützt. Man habe der russischen Seite deutlich machen können, nicht nur staatliche Stellen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen seien in der Lage, hochqualifizierte Einrichtungen der Sozialarbeit zu betreiben. Eine weitere Schwierigkeit im Rahmen der Projektarbeit sei das unterschiedliche Menschenbild. So sei beispielsweise das Bild, das russische Politiker von behinderten Menschen hätten, völlig verschieden von unserem Bild. Daran seien schon Projekte gescheitert.

Herr Medrisch weist darauf hin, es gebe eine Reihe von Projekten, die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband mit entwickelt worden seien. Hauptschwerpunkt liege auf einem entsprechenden Netzwerk, das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband aufgebaut und bisher betreut worden sei. Diese Aufgabe habe jetzt in erster Linie der Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa übernommen. Neben der Stadt Emden, der Partnerstadt von Archangelsk, seien noch Finnland und Norwegen aktiv. Ferner sei der Nordische Rat engagiert, der Fördermittel

für Projekte in Archangelsk bereitstelle. Er betont, Projektarbeit könne nicht geleistet werden, ohne dass die Ausbildung auf dem Gebiet der Sozialarbeit vorangetrieben werde. Außerdem müsse festgelegt werden, was man unter Begriffen wie bürgerschaftlichem Engagement und Bürgergesellschaft verstehe. Denn da gebe es – wie beim schon erwähnten Menschenbild – unterschiedliche Vorstellungen. In diesem Zusammenhang sei die Gesetzgebung der Staatsduma kritisch zu betrachten. Der Förderverein scheue aber die Auseinandersetzung mit der Regierung der Oblast und mit den Abgeordneten der Staatsduma und der Gebietsduma nicht.

Herr Medrisch erklärt abschließend, die Abgeordneten und Vertreter der Regierung aus Archangelsk seien daran interessiert, mit Abgeordneten aus Schleswig-Holstein ins Gespräch zu kommen. Für die Arbeit des Fördervereins wirke es sich positiv aus, wenn es Kontakte gebe. Als Beispiel führt er den Besuch von Vertretern des Justizvollzugswesens aus Archangelsk im Landtag an. Der Förderverein sei aber nicht der Lage, aktiv solche Kontakte zu fördern.

Abg. Spoorendonk fragt nach den Partnern des Fördervereins vor Ort. Dazu erklärt Herr Medrisch, man sei von Anfang an dreigleisig vorgegangen. Man arbeite mit Vertretern der Städte, mit Vertretern der Oblast-Regierung und mit NGOs zusammen. Der Förderverein habe beispielsweise die erste Versammlung von NGOs in der Region mit organisiert.

Abg. Dr. Kötschau betont, das Land Schleswig-Holstein sei überfordert, einen Austausch auch mit Abgeordneten aus Archangelsk zu organisieren. Aber es könne auf Fachbereichsebene einen Austausch geben. Sie bittet um nähere Informationen zur Kooperation auf dem Gebiet des Justizvollzugs. Herr Medrisch weist darauf hin, zwei Projekte aus diesem Bereich seien in der Projektliste aufgeführt. Es handle sich zum einen um das Projekt „Entwicklung professioneller Strukturen der Sozialarbeit innerhalb des Justizvollzugssystems der Oblast Archangelsk“ und zum anderen um das Projekt „Aufbau eines funktionsfähigen Netzwerkes der Straffälligenhilfe im Großraum Archangelsk“, das aus Mitteln des EU-Projekts TACIS-IBPP, Institution Building Partnership Programme, finanziert werde.

Abg. Behm hebt hervor, es gebe große Umweltzerstörungen und eine hohe Radioaktivität in dieser Region. Außerdem sei die Abwanderung von jungen Menschen ein großes Problem. Es sei aber sehr beeindruckend, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband beziehungsweise der Förderverein trotz seiner beschränkten finanziellen Mittel zu einer Verbesserung dieser Situation beitrage. Herr Medrisch ergänzt hierzu, es seien keine maroden Atom-U-Boote in Severodvinsk zu sehen. Gleichwohl gebe es in dieser Stadt eine erhöhte Radioaktivität. Aber aus der Tatsache, dass die Werft-Manager mit ihren Familien in der Nähe der Produktionsstätte wohnen würden, könne man indirekt schließen, die Radioaktivität stelle kein erhöhtes Risiko dar.

Abg. Ritzek fragt nach, warum sich der Paritätische Wohlfahrtsverband aus dieser Aufgabe zurückgezogen habe. Herr Medrisch erklärt, die Haushalte der Wohlfahrtsverbände und ihrer Mitgliedsorganisationen seien schon vor längerer Zeit eingebrochen. Das bedeute, dass die Erfüllung von Kernaufgaben Vorrang habe, wozu die Projekte in Archangelsk allerdings nicht gehören würden. Aus diesem Grunde sei der Förderverein gegründet worden, der im Wesentlichen von Mitgliedsorganisationen wie der Arbeiterwohlfahrt getragen werde. Außerdem gebe es Einzelpersonen, die sich im Förderverein engagierten.

Bezüglich der Frage des Abg. Benker, ob die Projekte im Rahmen von mehreren Programmen finanziert würden, führt Herr Medrisch zunächst aus, der Förderverein habe nur ein kleines Budget, das sich aus Mitgliedsbeiträgen und wenigen Spenden speise. Die Projekte würden im Wesentlichen aus Mitteln der „Aktion Mensch“ finanziert. Im Rahmen des Programms „Impulsförderung Osteuropa“ der „Aktion Mensch“ würden die Projekte mit jeweils 35.000 € gefördert. Auch die Stiftung West-Östliche Begegnungen leiste Unterstützung. Eine INTERREG-Förderung unter Einbeziehung Finnlands sei ebenfalls möglich. Außerdem könne der deutsch-russische Jugendrat auf Mittel des Kinder- und Jugendplans zurückgreifen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

- Terminplanung

AL Musiolik informiert den Ausschuss, der Ostseebericht der Landesregierung vom August des Jahres sei dem Sekretariat des Ostseerates in Stockholm vorgestellt worden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:09 Uhr.

gez. Rolf Fischer  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin